

Volker Lilienthal, Hamburg

Eine Ungebührlichkeit

Replik auf Hans Ulrich Ankes Ruf nach einem konkretisierten Mandat evangelischer Publizistik

Würde man einen Extrakt der Überlegungen von Hans Ulrich Anke zur Mandatierung evangelischer Publizistik webkompatibel als »Begriffswolke« ins Internet stellen, so kämen darin vor: Verkündigungsauftrag, Vermittlerin der frohen Botschaft, Kommunikation des Evangeliums, hinreichende Erfüllung des kirchlichen Auftrages, aber auch aufsichtliches Handeln, Instrumente, enger inhaltlicher Austausch, Abschottungsstreben, Spielregeln abstimmen und einüben.

Entsteht so das nötige Vertrauen für den offenbar gewünschten Dialog zwischen verfasster Kirche und den von ihr getragenen und finanzierten publizistischen Einrichtungen? Ich glaube nicht. Weil doch zu deutlich ist, dass hier ein Unzufriedener spricht, einer, der für sich in Anspruch nimmt, seinerseits die Spielregeln bestimmen zu dürfen, und der direktiv im Wege des *formalen* Dialogs eine *andere Publizistik* erreichen möchte.

Der Präsident des Kirchenamtes der EKD glaubt sich im Recht und weiß hierfür Analogien anzuführen. Wird nicht auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk von Verwaltungs- und Rundfunkräten kontrolliert? Genießt nicht der privatwirtschaftliche Presseverleger Tendenzschutz, darf er nicht die inhaltliche Ausrichtung seiner Zeitungen bestimmen? Formal alles richtig.

Und doch: ARD und ZDF dürfen, ginge es nach dem Gesetz, nicht nach den Partei- und Verbandsinteressen der Gremienmitglieder kontrolliert werden – sondern im Interesse eines Programmauftrags, der der Allgemeinheit dienen soll. Der Presseverleger darf Tendenzschutz beanspruchen – aber als kluger Kaufmann wird er seine Blätter nicht politisch einseitig ausrichten, weil er sonst die breite Mitte der Leser und Käufer verliere. Vor allem aber: Sein Verfügungsrecht beruht – im Idealfall – auf erarbeitetem Eigentum.

Das eben ist in der verfassten Kirche anders. Alle, die hier entscheiden, ob im Kirchenamt oder in einem Medienhaus wie dem GEP, sind auserwählt auf Zeit. Sie können auch abberufen werden. Es ist nicht ihr Eigentum, über das sie verfügen, sondern wahrhaft ein Gottesgeschenk, mit dem unbedingt pfleglich umzugehen ist. Wer heute den Spielraum christlicher Publizistik definiert (oder ihn einhegt), tut dies kraft Amtes, also legal, aber nicht unbedingt legitim.

Was Legitimität sein könnte

Legitim wäre dieses: Die Publizistik der auch von Anke viel beschworenen freien Christenmenschen sollte etwas sein, das die Kirche der Allgemeinheit zurückgibt (siehe oben die Analogie ARD/ZDF). Weil es Relevanz für die Allgemeinheit haben muss, kann nach Lage der Dinge das Partikularinteresse einer Institution, hier: der verfassten Kirche, nicht inhaltsbestimmend sein (wenngleich es mitbestimmend sein darf).

Hans Ulrich Anke, der zweifelsohne ein kluger Mann ist, wie seine systematische Argumentation erkennen lässt, bemüht auch die aus der Rechts- und Wirtschaftswelt entlehnten Begriffe »Firmenwahrheit und Firmenklarheit«. Ich verstehe das so: Dem Empfänger der Botschaft, den Lesern, Hörern, Zuschauern, muss unzweifelhaft klar werden, dass die verfasste Kirche der Absender ist. Beimischungen von Kritik, die sich am Ende gar gegen den Absender richten, dessen segensreiches Wirken in Zweifel ziehen, sind nicht erwünscht – und werden abgetan als Eigenmächtigkeiten publizistischer Subjekte, die sich »Neutralität, Distanz und Kritik« auf die Fahnen geschrieben hätten. Kritik aber an der Kirche, so Anke, solle man tunlichst den weltlichen Medien überlassen, denn die könnten das »zumeist überzeugender als kircheneigene«.

Den Autor von »Auf die Botschaft kommt es an!« (und der Kurzfassung in diesem Heft) treibt deutlich spürbar eine Sorge um: Die evangelische Publizistik könnte sich zu weit von ihrem Mandat entfernt haben, lege es nach eigenem Gutdünken im Interesse einer »ungebundenen Freiheit Einzelner« aus, tue zu wenig für die Verkündigung des Evangeliums und müsse es sich gefallen lassen, mittels »aufsichtlichem Handeln« und »Instrumenten« der Abstimmung zwischen Auftraggeber und dessen konkretisiertem Mandat auf der einen und der nachgewiesenen Mandatserfüllung auf der anderen Seite neu ausgerichtet werden.

Alles andere als kirchenfern

Allein, ich kann diese Sorgen nicht nachvollziehen und frage mich ernsthaft, wo Anke sie beobachtet haben will, die seiner Ansicht nach besonders problematischen »Tendenzen«, auf Grund einer vermeintlich

umfassenden Unabhängigkeit das Prinzip der Neutralität, Distanz und Kritik gegenüber der Institution Kirche bei der Berichterstattung über Leben und Lehre der Kirche als Inhalt des Mandates selbst zu erachten«. Wo bitteschön gibt es jenes »Abschottungsstreben«, das, so die kaum verhohlene Drohung, »kein verheißungsvoller Weg« sei?

Nach meiner Erfahrung aus 20 Jahren epd-Zentralredaktion (und nur über diese kann ich sprechen) sind die verfasste Kirche und ihre Organe, sind namentlich auch die mit Macht ausgestatteten Akteure in ihr (von denen Anke einer ist) die hauptsächlichen Orientierungspunkte der redaktionellen Alltagsarbeit. Deren angemessene, respektvolle, oft auch übermäßige Repräsentanz ist sicherzustellen, unbotmäßige Kritik zu vermeiden – das war der von der Leitung undiskutierbar vorgegebene Fixpunkt in meinen späten epd-Jahren (die frühen waren von einem anderen Geist durchweht), ein Prinzip, das in Konfliktfällen streng exekutiert wurde, bis sich kein Widerspruch mehr regte.

Wohl gemerkt, das sind keine diffusen Erinnerungen eines Enttäuschten, sondern ich habe in meinen letzten beiden Frankfurter Jahren ein nur für mich bestimmtes Tagebuch geführt, in dem sich allerlei professionelle, fachliche und auch menschliche Zumutungen verzeichnet finden. Ein Außenstehender wie Anke könnte daraus ersehen, wie tatsächlich im epd gearbeitet wird – und sähe vielleicht seine Vermutungen von Kirchendistanz korrigiert. Wahrscheinlicher ist aber, dass entweder gegen mich geklagt würde oder Dritte die Frage nach personellen Konsequenzen stellten. Das wollen wir doch alle nicht, oder? Wie gut, dass es nur mein Tagebuch ist.

Zu solchen Erfahrungen mag man stehen, wie man will. Man kann den Führungsstil, den ich im epd kennengelernt habe, für gutes, eigentümerorientiertes und finanzierungssicherndes Verlags- und Redaktionsmanagement halten. Oder aber für Anti-Journalismus und auch einen Mangel an Nächstenliebe. Jedenfalls ist Ankes Unterstellung, der epd sei zu kirchenfern, abwegig. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Mehr als ein taktisches Zugeständnis?

Aber Dr. Anke ist zu klug, als dass er nicht zu differenzieren wüsste. Im Falle des epd liegt auch für ihn das Erfordernis redaktioneller Unabhängigkeit »auf der Hand«. Handelt es sich hierbei um mehr als ein taktisches Zugeständnis, um der kirchlich getragenen Nachrichtenagentur eine Minimalchance auf Überleben im Wettbewerb zu weltlichen Konkurrenten zu gewähren? Anke behauptet »große Freiräume« als gegeben, Freiräume, »die kreative neue Ansätze und unerwartete Perspektiven in der Berichterstattung aus der und über die Kirche ermöglichen sollten«. Denn, so an anderer Stelle des ausführlichen Buchaufsatzes, nicht die bloße »Wiedergabe ausdifferenzierter kirchenamtlicher Verlautbarungen« Sorge für öffentliche Aufmerksamkeit, sondern das »engagierte Streiten für christliche Überzeugungen«.

Diese so genannte Wiedergabe, die hier als ungenügend eingestuft wird, ist aber der Kern und die notwendig zurückhaltende Art journalistischer Nachrichtengebung. Wenn man dies akzeptieren würde, was Anke offenkundig schwerfällt, würde man erkennen, dass zu diesem »Format« (also den nüchternen Text-sorten einer Nachrichtenagentur) weder das »engagierte Streiten« noch die von ihm eingangs beklagte Kirchenkritik und Glaubensferne passen. Beides kann in den epd-Nachrichten nur auftauchen, wenn es überzeugende Sprecher für diese beiden Haltungen pro und contra gibt (wobei man dem Contra auch mal guten Willen unterstellen sollte: Es sehnt sich nach einem besser fundierten Pro). Was ja auch immer wieder der Fall ist und von der Nachrichtenagentur (und ihren Fachdiensten) aufgegriffen wird.

Der Präsident des EKD-Kirchenamtes möchte aber genau über diese »Formate« diskutieren und sie einer Revision unterwerfen – nach Normen, die weniger journalistisch als kirchenamtlich sind. Hier artikuliert sich ein institutioneller Machtanspruch. Der Mandatsgeber, so lesen wir, sollte seine publizistischen Anliegen »für einzelne Formate« klar in einem so konkretisierten Mandat formulieren, »das die Blattmacher dann in eigener redaktioneller Verantwortung umsetzen«. »Eigene Verantwortung«? So ganz wohl doch nicht, denn es soll eine Nachkontrolle geben: »Die publizistische Ausrichtung und Umsetzung kann dann systematisch im Austausch zwischen Blattmachern und Trägervertretern angeschaut werden.«

In einer solchen Gesprächsrunde wäre ich gern mal dabei. Oder lieber doch nicht: Denn ich kann mir die unfruchtbare Kollision zwischen Pressekommissaren, die ohne Ansehung der Wirklichkeit gern davon etwas mehr und davon etwas weniger hätten, und den von der Kolonisierung ihrer Arbeit betroffenen Journalisten lebhaft vorstellen. Ich habe es selbst erlebt, wie die Leitung des epd mit den ihr unterstellten Redakteuren ins Gespräch zu kommen versuchte, dabei assistiert von psychologisch versierten und teuer bezahlten Managementtrainern: Immer hatten die Untergebenen versagt, unzureichend gearbeitet, sollten auf Leistung getrimmt werden, verweigerten sich Neuerungen wie etwa dem sagenumwobenen »Newsroom«. Wo ein betriebsinterner Dialog aber mit solch einseitigen Schuldzuweisungen belastet wird, ist das Scheitern vorprogrammiert.

Prozesskontrolle und Produktkritik

Zumal wenn der Dialog, Ankes Vorstellungen zufolge, künftig unmittelbar zwischen Gesellschafterebene und Publizisten geführt werden soll. Hier geht es um etwas, was sich kaum ein Verleger anmaßt, ein moderner schon gar nicht: Prozesskontrolle *und* Produktkritik. Bekanntlich ist die EKD inzwischen Mehrheitsgesellschafterin des GEP (94 Prozent!). Man darf gespannt sein, was das für die Unabhängigkeit des Hauses bedeuten wird – Anke deutet die anstehenden »Eigentümeraufgaben« schon an.

An dieser Stelle ist auf eine Ungebührlichkeit hinzuweisen. Sie verbirgt sich in der Fußnote 54 des Buchaufsatzes. Anke kritisiert da eine in »Chrismon« erschienene angebliche »Anti-Papst-Polemik«, die anlässlich des Deutschland-Besuchs von Benedikt XVI. im Jahre 2011 für »erhebliche Irritationen« hinsichtlich der Haltung der EKD gesorgt habe. Natürlich kann man eine solche Veröffentlichung kritisieren – und man kann sich lebhaft vorstellen, wie harsch das Kirchenamt schon vor zwei Jahren bei Erscheinen des missliebigen Artikels reagiert haben wird. Es aber nachträglich öffentlich zu wiederholen und noch dazu den verantwortlichen Autor namentlich an den Pranger zu stellen, zeigt mir eine fatale Methode: Mitarbeiter sollen offenbar diszipliniert werden, notfalls auch öffentlich.

Die Lektion für andere daraus: Journalisten sollen die übergeordneten ideologischen Interessen ihres Hauptaktionärs stets antizipieren und ihr Schreiben entsprechend ausrichten. Sehen sie so aus, die »kreativen Freiräume, ohne die qualitativ hochwertige Publizistik gar nicht entstehen kann«? Sind das die »Spielregeln«, die »zwischen den Akteuren abzustimmen und einzuüben« sind? Ich meine: Freier Journalismus entsteht so bestimmt nicht mehr.

Widerruf als Ent-Täuschung

Anke ist zugute zu halten, dass er ehrlicher als viele vor ihm sagt, was er im Interesse der verfassten Kirche von der ihr verbundenen Publizistik erwartet. So weiß man wenigstens, woran man ist. Man weiß jetzt, dass dem CEO der verfassten Kirche die rein nachrichtliche Befassung mit religiösen Themen und kirchlichen Vorgängen eben nicht mehr als »hinreichende Erfüllung des kirchlichen Auftrages in der evangelischen Publizistik« genügt. Sondern: Der neue Maßstab ist die Nachprüfung, »ob die Kommunikation des Evangeliums gelingt«.

Nur: Wer entscheidet das, und wie soll es geprüft werden? Hier wird nach meinem Eindruck unterschwellig die Frage nach der Effektivität kirchlicher Publizistik in einer säkular dominierten Umwelt gestellt. Die Publizistik soll helfen, den Schwund der Gläubigen, und seien sie nur Kirchen*mitglieder*, zu bremsen. Wie steht es hier um »Firmenwahrheit und Firmenklarheit«? Was ist, wenn der Empfänger die Absicht merkt und verstimmt reagiert?

Zur »Firmenwahrheit und Firmenklarheit« des Hans Ulrich Anke gehört zweifelsohne, dass er klipp und klar sagt, wie wenig er noch vom Publizistischen Gesamtplan der EKD »Mandat und Markt« hält. Die dort niedergelegte publizistische Freiheit hält er für obsolet, vielleicht auch für einen irrtümlichen Ausfluss von altlinkem Kulturprotestantismus. Aber den nächsten Schritt, nämlich »Mandat und Markt« zu widerrufen, den will er nicht gehen, weil das »viel Kraft bei unsicherem Ertrag« binden würde. Das gehört zu den Inkonsequenzen seiner sonst so stringenten Argumentation.

Die Kirche muss sich entscheiden: Gilt der Publizistische Gesamtplan noch oder nicht? Falls nicht, so scheint mir ein Widerruf unumgänglich zu sein. Weil sich dann die längst in Dienst genommene evangelische Publizistik zur Kenntlichkeit verändern würde und die begleitende und beobachtende Mitwelt endlich wüsste, woran sie ist. Das wäre: eine Ent-Täuschung.

Prof. Dr. Volker Lilienthal war 20 Jahre lang epd-Redakteur, zuletzt als Verantwortlicher Redakteur für »epd medien«, bevor er 2009 auf die Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg berufen wurde.